

Die Bundesrepublik sollte nicht den Eindruck eines Wanderers zwischen den Welten erwecken, so als stünde ein Bündniswechsel oder ein „Partnerwechsel“ von Washington zu Moskau an. Andererseits sollte sie auch nicht versäumen, die konstruktive Haltung der Sowjetunion, nicht nur in der Frage der Kurzstreckenraketen, auszuschöpfen, ihre eigene Haltung entsprechend konstruktiv zu präzisieren und die sowjetische Verhandlungs- bzw. Lösungsbereitschaft ins westliche Bündnis einzubringen. Es gibt auf sowjetischer Seite sowohl Bereitschaftserklärungen hinsichtlich einer 3. Null-Lösung als auch Bereitschaft, auf westliche Bedenken gegen eine frühzeitige vollständige „Denuklearisierung“ Europas Rücksicht zu nehmen.

Die neuen, wirklich sensationellen Vorschläge der Sowjetunion und des Warschauer Paktes zur konventionellen Abrüstung in Europa – etwa die gemeinsame Obergrenze von je 20 000 Panzer (was für die WVO eine Verringerung um 40 000 Einheiten bedeuten würde) oder von je 1,35 Millionen Mann Gesamttruppenstärke – eröffnen auch rein militärisch gesehen die Möglichkeit, die traditionellen Ängste vor einer „Flut aus dem Osten“, Panzermassen oder Rotarmisten, endgültig abzuschütteln.

Nur wenn *jede* Seite die andere wirklich als Partner ernstnimmt und versucht, auch deren – sachlich oder durch Fehlperzeption – begründete Ängste und Vorbehalte rückhaltlos auszuräumen, von deutscher Seite also auch die sowjetischen, durch Klärung oder Korrektur auch der *eigenen* Positionen, kann die Gunst der Stunde, die „Gorbatschow-Dynamik“, wirklich genutzt und eine Wende zu deutsch-sowjetischer Aussöhnung, zu gesamteuropäischem Frieden mit Anspruch auf Dauer vollzogen werden.

Ostdrift der Bundesrepublik? Westdrift der Sowjetunion?

Über die deutsch-sowjetischen Beziehungen und den Wandel in Europa

Ein Gespräch mit Wjatscheslaw Daschtschew

Professor Wjatscheslaw Daschtschew, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats im sowjetischen Außenministerium und Abteilungsleiter des Moskauer Instituts für die

Ökonomie des Sozialistischen Weltsystems, erregte im Frühjahr 1988 durch einen Beitrag zum stalinistischen Erbe in der sowjetischen Außenpolitik großes Aufsehen (die „Blätter“ dokumentierten den Artikel aus „Literaturnaja Gazeta“, unwesentlich gekürzt, in Heft 7/1988). Das nachstehende Gespräch, für die „Blätter“ geführt von Karl D. Bredthauer und Arthur Heinrich, bietet Gelegenheit, unmittelbar vor dem Besuch von Michail Gorbatschow in der Bundesrepublik eine sowjetische Sicht der deutsch-sowjetischen Beziehungen vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen in West- und Osteuropa und im Ost-West-Verhältnis kennenzulernen. D. Red.

Deutsch-sowjetische Schlüsselrolle? Sonderbeziehungen Bonn-Moskau?

„Blätter“: In jüngster Zeit, gerade auch im Vorfeld des Gorbatschow-Besuchs in der Bundesrepublik, ist häufig von einer besonderen, einer Schlüsselrolle der deutsch-sowjetischen Beziehungen bei der Überwindung der Spaltung Europas die Rede. Bei vielen existiert offenbar ein Bedürfnis nach solchen Formulierungen. Ist es denn tatsächlich so, daß wenn es um die bilateralen Beziehungen gut stand, die Dinge in Europa in Ordnung waren? Oder hat nicht der Terminus von den deutsch-sowjetischen „Sonderbeziehungen“ seine historische Unschuld verloren?

Daschtschew: Deutsch-russische, deutsch-sowjetische Beziehungen, das ist ein umfangreiches Problem. Wenn wir vom Standpunkt der Diplomatie des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts herangehen, so waren damals die Diplomaten geneigt, besondere Beziehungen zwischen zwei Staaten zum Nachteil der anderen Länder auszunutzen. Ich meine, diese Zeit ist jetzt vorüber. Im letzten Drittel unseres Jahrhunderts kann man sagen, daß die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern auf Konsens beruhen müssen. Zum ersten Mal kam dies in der Schlußakte von Helsinki zum Ausdruck. Tauroggen, Rapallo oder Locarno, all das sind historische Daten, die entweder bei Franzosen und Engländern, bei Polen oder Russen Unbehagen hervorgerufen haben, das bis heute fortwirkt. Eine Bewegung Bonns in Richtung Moskau ruft sofort Argwohn seitens der Vereinigten Staaten oder Frankreichs hervor. Aber das gilt auch umgekehrt: Nehmen Sie zum Beispiel die Integration der Bundesrepublik in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bzw. in die NATO in den 50er Jahren – das hat auch bei uns Unbehagen hervorgerufen. Die neue Friedensordnung in Europa muß auf einer ganz neuen Philosophie aufgebaut werden. Gegengewichte, Gleichgewichte, das sind Begriffe, die der Vergangenheit angehören sollten.

„Blätter“: Also keine „Sonderbeziehungen“ Bonn-Moskau?

Daschtschew: Ich bin nicht geneigt, den Begriff Sonderbeziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik zu gebrauchen. Ich meine, im Interesse der Krisensicherung, einer höheren Sicherheit in Europa, muß man auf breiter Front vorgehen. Und das tut unsere Politik. Begonnen hat es mit den Vereinigten Staaten. Vieles hängt von den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ab. Man kann sagen, daß in der sowjetischen Außenpolitik das von Vielen, z. B. im Rahmen des Völkerbundes formulierte Prinzip der Unteilbarkeit des Friedens zum Ausdruck kommt. Der Frieden ist wirklich unteilbar in Europa, und wenn Sie besondere Beziehungen mit irgendeinem Staat herstellen, dann wird das einseitig verstanden. Deshalb wäre es falsch.

Annäherung der Positionen

„Blätter“: Die Sowjetunion und die Bundesrepublik haben allerdings ein besonderes Gewicht in Europa. Und ohne Zweifel haben sich die bilateralen Beziehungen deutlich verbessert. Das Wort vom „neuen Kapitel“ macht die Runde . . .

Daschitschew: Diese beiden Länder verfügen über das größte wirtschaftliche und geistige Potential in Europa und ihre geostrategische Position ist so, daß sie natürlich berufen sind, ihr Gewicht auf die Waagschale der Sicherheit und des Friedens zu legen. In diesem Sinne können beide Staaten fraglos sehr viel zur Schaffung neuer Grundlagen der europäischen Sicherheit, der europäischen Friedensordnung beitragen. Hier sehe ich große Möglichkeiten. Auch in den Abrüstungsfragen haben sich unsere Interessen sehr stark genähert. Die Frage der Stationierung von neuen Kurzstreckenraketen auf deutschem Boden ist nicht sehr angenehm für die Deutschen, und jede deutsche Regierung muß das begreifen und entsprechend darauf reagieren. Im Extremfall würden in erster Linie die Deutschen darunter leiden. Die Lösung dieser Frage liegt aber auch in unserem Interesse: Wir sind bereit zu verhandeln und diese Raketen überhaupt zu beseitigen. Eine Lösung muß auf dem Konsens aller europäischen Länder und der USA beruhen.

„Blätter“: Was können Bonn und Moskau tun, um einen solchen Konsens herbeizuführen? Allgemeiner gefragt: wie können die Befürchtungen, wie sie mit Blick auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen in Washington, London, Paris, auch in Warschau oder anderswo existieren, entkräftet werden?

Daschitschew: Man kann die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten anderer aufbauen. Und man muß Frankreich, England und den USA klarmachen, daß für sie keine Gefahr besteht, wenn die deutschen und die sowjetischen Interessen zusammenfallen, wenn wir gemeinsam bestrebt sind, durch Verhandlungen die Kurzstreckenraketen abzubauen und nicht zu Mitteln wie Modernisierung oder Ersetzung der alten Waffen durch neue greifen wollen.

„Blätter“: Was ist denn Ihrer Meinung nach der Grund dafür, daß Amerikaner, vor allem auch die Engländer sich in dieser scheinbar sekundären Frage derart engagieren, wenn man die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Bush gegenüber Bundeskanzler Kohl zugrundelegt, bis an den Bruchpunkt der NATO?

Daschitschew: Es besteht die falsche Auffassung, daß die Raketen, selbst die Kurzstreckenraketen, das Bindeglied im Atlantischen Bündnis seien. Wenn die Raketen verschwänden, entfielen für die Europäer die Möglichkeit, die Amerikaner als Geiseln zu nehmen. Es käme zu einer Abkoppelung der Amerikaner von Westeuropa. Aber in Anbetracht unserer Bereitschaft, unsere Streitkräfte auf dem Prinzip der Nichtangriffsfähigkeit aufzubauen und in Anbetracht des grundlegenden Wandels der sowjetischen Außenpolitik sind diese Befürchtungen grundlos. Gorbatschow hat mehrmals gesagt, es wäre unrealistisch, die Vereinigten Staaten von Westeuropa abzukoppeln oder solche Pläne zu schmieden. Wir wollen das nicht. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Amerikaner zum gesamt-europäischen Haus gehören. Die europäischen Fragen können ohne die Amerikaner nicht gelöst werden.

Die nuklearen Kurzstreckenwaffen können nicht der Abschreckung dienen. Sie sind Mittel der Kriegführung und dadurch bedrohen sie in erster Linie deutsches Territorium.

Hauptaufgabe: Die Spaltung Europas überwinden

„Blätter“: Die britische Premierministerin hat einmal ganz offen erklärt, die Deutschen müßten, weil sie den Krieg verloren hätten, eben mit diesem besonderen Risiko leben. Ähnliches hat der französische Präsident Mitterrand vor Jahren Willy Brandt gegenüber erklärt, als es um die Stationierung der Pershing II ging.

Daschitschew: Die Verteidigung des Westens wird durch die Beseitigung der Kurzstreckenraketen auf gegenseitiger Basis – also gleichzeitig im Westen und im Osten – nicht beeinträchtigt. Nur: möglicherweise geht es um den Wunsch, die Bundesrepublik enger an das westliche Militärbündnis zu binden. Vielleicht ist das der Haken.

Aber wir leben jetzt wirklich an einem Wendepunkt der Geschichte. Mitterrhand hat gesagt, die vorrangige Aufgabe im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wird darin bestehen, die Spaltung Europas zu überwinden. Und der britische Verteidigungsminister Howe hat von der einzigartigen Möglichkeit gesprochen, den Kalten Krieg hinter uns zu lassen. Das sind vornehme Ziele, denen wir uns vollkommen anschließen.

Bundesrepublik-DDR: Überwindung der „Getrenntheit“

„Blätter“: Sie haben von einem Zusammenfallen der Interessen auf bundesdeutscher und sowjetischer Seite in Fragen der Sicherheitspolitik, besonders in Sachen Kurzstreckenraketen, gesprochen. Gibt es andere Felder, auf denen sich Bonn und Moskau näher gekommen sind?

Daschitschew: Es gibt eine Annäherung der Interessen, was die Überwindung der Spaltung Europas anbetrifft. Das liegt zweifellos im Interesse der Bundesrepublik. In erster Linie im Zusammenhang mit der Lösung der nationalen Probleme – der Erleichterung des Schicksals der Deutschen im Zentrum Europas und der Überwindung der Getrenntheit zwischen den beiden deutschen Staaten. Das ist eine der Hauptaufgaben der bundesdeutschen Außenpolitik.

„Blätter“: Die Überwindung der Trennung?

Daschitschew: Die Überwindung der Getrenntheit, wenn man das auf deutsch so sagen kann. Das bedeutet durchaus nicht notwendigerweise die Schaffung einer Konföderation oder eine Wiedervereinigung, die Wiederherstellung der Einstaatlichkeit.

Wir müssen jetzt zwei deutsche Staaten als die Realität ansehen und zugleich deren Getrenntheit überwinden. Natürlich ist das in erster Linie die souveräne Sache der DDR, aber aus meiner Sicht kommt es darauf an, alles zu tun, um ein Gefühl der Zufriedenheit der Deutschen in beiden Staaten herbeizuführen. Zufriedenheit in bezug auf die menschlichen Kontakte, auf die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Darauf kommt es an. Damit wir allmählich alle Barrieren wegschaffen können, die diese Getrenntheit kennzeichnen. Ich habe gelesen, wenn wir eine neue Friedensordnung in Europa aufbauen, werde die Frage der Wiedervereinigung ihre politische Bedeutung verlieren. Die Beziehungen zwischen Österreich und der BRD sind beispielsweise freizügig, es gibt ungehinderte Kontakte zwischen den Menschen – ebenso können in Zukunft auch die Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten sein.

Das Wichtigste ist die Entschärfung der deutschen Frage

„Blätter“: Nun hat die DDR ein anderes Gesellschaftssystem. Wieweit trägt da der Vergleich Bundesrepublik-Österreich? Bilden nicht eher Österreich und Ungarn eine vergleichbare Konstellation? Da gab es ja auch einmal *einen* Staat.

Daschitschew: Wenn die Ungarn ihre Reform vollenden, dann bestehen natürlich größere Möglichkeiten zur Kooperation auf allen, besonders auf traditionellen Gebieten zwischen Ungarn und Österreich. Unterschiede in der Gesellschaftsform müssen uns nicht behindern. Ich meine, daß in der neuen Friedensordnung auch die unterschiedli-

chen sozialen Systeme toleriert werden müssen. In Zukunft nähern sie sich einander an. Das kann man sich vorstellen.

Das Wichtigste ist die Entschärfung der deutschen Frage und der Lage in Zentraleuropa auf allen Gebieten, im militärischen Bereich, durch die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen, durch menschliche Kontakte, kulturelle Beziehungen usw. So sehe ich die Überwindung der Getrenntheit. Und das entspricht vollkommen dem Konzept des gesamteuropäischen Hauses.

„Blätter“: Wenn man von deutsch-sowjetischen Beziehungen spricht, muß man ja heute im Grunde von drei Partnern ausgehen. Kann man von einer Art Dreiecksverhältnis zwischen der Bundesrepublik, der DDR und der Sowjetunion sprechen und welche Probleme, welche Möglichkeiten sehen Sie in einem solchen Dreiecksverhältnis?

Daschitschew: Während der Periode der großen Spannungen in Europa, dieser Auseinandersetzungen, die den Kalten Krieg gekennzeichnet haben, war das Verhältnis im Dreieck wirklich sehr prekär, sehr heikel, war es schwierig, alles abzustimmen in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion einerseits und zwischen der Sowjetunion und der DDR andererseits.

„Blätter“: Es überwog dreiseitiges Mißtrauen . . .

Daschitschew: Ja, aber wir erleben jetzt den Übergang zu einer neuen Qualität unserer Beziehungen, zu einer Periode der Annäherung in den intersystemaren Beziehungen. Diese Schwierigkeiten schwinden allmählich, aber natürlich nicht so schnell. In absehbarer Zeit wird dies noch ein Problem bleiben. Das muß man realistisch sehen. Es gibt gegenwärtig Kontroversen und Gegensätze . . .

„Blätter“: . . . auf jeder der Achsen?

Daschitschew: Ich bin eigentlich momentan nicht bereit, diese Frage eingehend zu behandeln, denn uns sind die Beziehungen zur BRD sehr teuer und die Beziehungen zur DDR nicht weniger. Sie sind traditionell gut gewesen; zur Zeit werden wir vor die Tatsache gestellt, daß zwischen uns die Wege der Entwicklung ziemlich unterschiedlich gesehen werden. Es sind Gegensätze mit symmetrischem Charakter entstanden: zwischen der Bundesrepublik und den USA und gleichzeitig zwischen der DDR und der Sowjetunion, wobei die letztgenannten Gegensätze natürlich ganz anderer Art sind. Was die sicherheitspolitischen Probleme betrifft, stimmen die Interessen der DDR und der Sowjetunion überein. Aber man kann von einer Periode der Mißverständnisse und der Auseinandersetzungen über ideologische Probleme sprechen, über die Bewältigung der Vergangenheit der kommunistischen Bewegung, bei der Bewertung von der Person Stalins. Unsere Standpunkte gehen auseinander in Fragen der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, der Rolle marktwirtschaftlicher Instrumente, der Reform des politischen Systems, der gesellschaftlichen Rolle der Partei, der Bedeutung der Planung in der Volkswirtschaft. Aber ich meine, das alles hat einen vorübergehenden Charakter. Wir wollen der DDR unsere Methoden und unsere Ideen der Perestroika auf keinen Fall aufzwingen.

Chancen der „Dreiecksbeziehung“ zwischen Bonn, Ostberlin und Moskau?

„Blätter“: Sehen Sie möglicherweise auch besondere Chancen, die sich aus der Dreierkonstellation ergeben, aus der Tatsache, daß auch die Bundesrepublik und die DDR einen Dialog führen?

Daschtschew: Ja, und ich meine Bonn und Berlin müssen miteinander ein reges Gespräch führen, über Sicherheitsprobleme, über wirtschaftliche Zusammenarbeit, über Joint Ventures, über menschliche Kontakte, damit allmählich die Barrieren verschwinden im gesamteuropäischen Haus. Irgendwie müssen beide deutschen Staaten ihren Platz im gesamteuropäischen Haus finden, definieren, und dazu gehört auch die Überbrückung der Spannungen und Hindernisse. Dadurch wird das Verhältnis im Dreieck entlastet.

„Blätter“: Egon Bahr hat dafür plädiert, die beiden deutschen Staaten sollten ihre Sache selbst in die Hand nehmen . . .

Daschtschew: Das ist kein schlechter Gedanke.

„Blätter“: . . . die Frage ist, kann die Sowjetunion, die mit beiden deutschen Staaten Beziehungen hat, zur deutsch-deutschen Normalisierung beitragen?

Daschtschew: Nicht nur die Sowjetunion, sondern alle europäischen Staaten müssen dazu beitragen, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten verbessern und im positiven Sinne gestalten, im Sinne des Aufbaus des gesamteuropäischen Hauses. Und, das ist meine persönliche Meinung, wenn die sowjetische Seite früher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR schief angesehen hat, müssen wir das jetzt korrigieren, müssen wir solche Beziehungen fördern. Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten – warum denn nicht? Wir müssen in erster Linie die Lage in Zentraleuropa entschärfen. Wie können wir das tun? Nur durch die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, anders kann es nicht gehen.

Driftet die Bundesrepublik ostwärts?

„Blätter“: Die außen- und sicherheitspolitische Annäherung oder Übereinstimmung im Dreieck Sowjetunion, Bundesrepublik, DDR wird von den Verbündeten der Bundesrepublik sehr kritisch aufgenommen, löst unmittelbar Gegenreaktionen aus. Präsident Bush stellt, wie schon erwähnt, beim Thema Kurzstreckenraketen die Bündnisfrage; auf der anderen Seite wendet sich Bundespräsident von Weizsäcker, ungewöhnlich genug, in scharfer Form gegen Versuche von „Vertretern ohne Vertretungsmacht“, kontinentaleuropäische Fragen zu entscheiden. Die Stimmen, die ein Abdriften der Bundesrepublik nach Osten prophezeien, werden im Westen immer lauter. Ein Buch von Alain Minc mit dem Titel „Die große Illusion“ ist in Frankreich ein Bestseller; der Autor vertritt die These, daß die Bundesrepublik sich zurück in die Mitte Europas bewegt und Westeuropa als ein Kunstprodukt der Nachkriegszeit aufhört zu bestehen.

Daschtschew: Es ist klar, daß Frankreich eine Ostdrift der Bundesrepublik fürchtet. Deshalb bemüht sich Paris, diese besonderen Beziehungen zur Bundesrepublik herzustellen, besonders im Bereich der Militärstrategie, und die Bundesrepublik soweit wie möglich in das militärische System des Westens zu integrieren . . .

„Blätter“: Es gibt Versuche der Regierung in Paris, mehr Gleichklang mit Bonn in der Ostpolitik herzustellen, sicher auch in der Absicht, Bonn stärker einzubinden.

Daschtschew: Wissen Sie, man kann das begreifen, denn die Bundesrepublik als wirtschaftliche Macht ist wirklich ein Faktor in Westeuropa. Und wenn die Maßnahmen zur Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses wirklich in Gang gebracht und realisiert werden, was bleibt Frankreich übrig? Es existiert bereits der Begriff der „nuklearen Albanisierung“ Frankreichs. Nehmen wir das Beispiel Japan: die Tatsache, daß Japan

nicht mehr als 1% des Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke ausgab, war ein Faktor des japanischen Wirtschaftswunders. Japan ist zu einem Wirtschaftsgiganten geworden. Die Bundesrepublik kann ebenso zu einem wirtschaftlichen Giganten werden. Und das beunruhigt Frankreich.

„Blätter“: Nur Frankreich?

Daschitschew: Und andere westeuropäische Staaten. Für uns ist das kein Problem.

„Blätter“: Warum nicht?

Daschitschew: Die Sowjetunion kann durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit viele Vorteile erlangen. Zur Zeit sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR leider durch historische und andere Umstände noch ziemlich beeinträchtigt. Aber in Zukunft, in dem Maße, wie wir die Perestroika realisieren, eröffnen sich enorme Aussichten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Und nicht nur für die bilaterale Kooperation, sondern im Interesse ganz Europas.

Alte und neue Ostpolitik

„Blätter“: In welcher Form? Auf der Ebene einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem RGW?

Daschitschew: Ja, und unter solchen Bedingungen erscheinen mir die Befürchtungen eines Abwanderns der Bundesrepublik nach Osten anachronistisch, nicht zeitgemäß, zumal sowohl die CDU/CSU als auch die Sozialdemokratische Partei auf der atlantischen Allianz fußen.

„Blätter“: Die Bundesrepublik zur Zeit Adenauers und die Sowjetunion unter Stalin haben spezifische Rollen bei der Entstehung und im Verlauf des Kalten Krieges gespielt. Welche Bedeutung hat ein neugestaltetes Verhältnis Bonn-Moskau für die Beendigung des Kalten Krieges?

Daschitschew: Zunächst: Ich sehe einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Politik Adenauers und der Ostpolitik der späteren sozialliberalen Koalition. Adenauer war gegenüber der Sowjetunion feindselig eingestellt. Er tat nichts, um die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zu verbessern. Im Gegenteil: er tat alles, um diese Beziehungen zu verschärfen. Die heutige Bonner Ostpolitik geht davon aus, daß die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern und zur UdSSR verbessert, Feindbilder abgebaut werden müssen, daß eine Versöhnung mit den Völkern Osteuropas erfolgen muß, ebenso wie die Versöhnung im Westen. Wir begrüßen das sehr.

Die Bundesrepublik bleibt sowieso im Rahmen der westlichen Integration. Das muß als eine Realität angesehen werden. Und wir wollen gar nichts dagegen tun. Auf den militärischen Bereich, darauf kommt es an – Wie sollen die Grundlagen der europäischen Sicherheit auch im Hinblick auf die Änderungen in Osteuropa gestaltet werden? Das ist die wichtigste Frage, und die Bundesrepublik kann in diesem Bereich viel Positives tun – aber im Vernehmen mit Frankreich, mit England und allen anderen Verbündeten.

Alternative: EG-Integration oder Wiedervereinigung?

„Blätter“: Es gibt Stimmen, die auf einen Widerspruch zwischen der Einbindung der Bundesrepublik in den westeuropäischen Binnenmarkt und der Lösung der deutschen Frage hinweisen . . .

Daschtschew: Das sagen Egon Bahr und andere sozialdemokratische Politiker . . .

„Blätter“: Egon Bahr sieht den Gegensatz etwa so: Entweder integriert sich die Bundesrepublik in den Binnenmarkt oder sie strebt die Wiedervereinigung an.

Daschtschew: Ich denke, wenn die europäische Gemeinschaft nicht als exklusive Organisation in Europa auftritt, wird die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern zustandekommen. In diesem Falle können wir auch die Teilung Europas in zwei Integrationsgruppierungen Schritt für Schritt überwinden und eine gesamteuropäische Zusammenarbeit schaffen, die allen Vorteile bringt.

Die wirtschaftliche Verflechtung im Westen ist nicht rückgängig zu machen, man muß sie gesamteuropäisch ausweiten

„Blätter“: Egon Bahr hat seine These über das Verhältnis von deutscher Frage und Binnenmarkt dahingehend zugespitzt, daß er der Binnenmarkt-Integration Vorrang einräumt; zudem sei es völlig unmöglich, die Bundesrepublik aus diesem Prozeß herauszulösen. Den Weg zur Lösung der deutschen Frage sieht er darin, daß die osteuropäischen Staaten, einschließlich der DDR, im Laufe der Zeit den Anschluß an die EG suchen würden, eine Form der Annäherung bis hin zur Mitgliedschaft. Halten sie das für eine denkbare Entwicklung?

Daschtschew: Ja. Auf der mikrowirtschaftlichen Ebene sind die Volkswirtschaften der Bundesrepublik, Frankreichs, Englands und anderer Staaten Westeuropas so stark verflochten, interdependent geworden, daß es unmöglich ist, diese Bindungen rückgängig zu machen. Und das läge auch nicht im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts in Europa. . . .

„Blätter“: . . . auch nicht des gesamteuropäischen Fortschritts?

Daschtschew: Auch nicht im Interesse Gesamteuropas. Das muß man als eine Realität anerkennen. Das ist die wirtschaftliche Ebene – die Ebene der Außenpolitik, das ist etwas anderes. Die Außenpolitik muß fördern, daß in dieses Geflecht von wirtschaftlichen Bindungen auch die osteuropäischen Unternehmen und wirtschaftlichen Organisationen hineingezogen werden, um ein gesamteuropäisches Netz wirtschaftlicher Verflechtungen zu schaffen. Das wird auch eine Basis für politische Sicherheit und gegenseitiges Vertrauen sein. Dafür sprechen nicht nur politische, sondern auch rein wirtschaftliche Gründe, denn in der Sowjetunion und in Osteuropa existiert ein sehr aussichtsreicher Markt für die westlichen Unternehmen. Dieser Markt wurde unter Stalin, unter dem administrativen Kommando-Mechanismus zerstört und wir müssen ihn unter der Perestroika neu schaffen. Die marktwirtschaftlichen Faktoren werden auch bei uns eine überwiegende Rolle spielen, die Planung wird dezentralisiert. Die zentrale Planung wird sich nur mit den generellen Prinzipien der Wirtschaftsentwicklung, der Technologie, dem Umweltschutz, dem Gleichgewicht innerhalb der Wirtschaft befassen. Alles andere bleibt den Betrieben überlassen, ebenso wie im Westen.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wird jetzt reorganisiert. Ich bin der Meinung, daß die Hauptaufgabe des RGW darin bestehen sollte, günstige Bedingungen für die Kooperation zwischen einzelnen Unternehmen im Bereich des RGW und auch zwischen östlichen und westlichen Unternehmen zu schaffen. Also *nicht* die Abstimmung von Wirtschaftsplänen, Fünfjahresplänen wie früher, sondern die Schaffung günstiger gesetzlicher, administrativer, finanzieller und anderer Bedingungen für solche Kooperationsverbindungen, auch mit Betrieben der Europäischen Gemeinschaft.

Reformen in Osteuropa

„Blätter“: Sie erwähnen die Veränderungen in der Sowjetunion. Ähnliche Reformprozesse finden auch in anderen osteuropäischen Ländern statt. Manche befürchten da einen Ausverkauf des Sozialismus.

Daschitschew: Wissen Sie, der Sozialismus ändert sich und der Kapitalismus hat sich auch grundsätzlich geändert. Wir sind von veralteten Vorstellungen über den Kapitalismus ausgegangen und haben andere Meinungen nicht zugelassen. Neue Erscheinungen, neue Prozesse in den westeuropäischen Gesellschaften wurden nicht objektiv erforscht. Das war eine der Ursachen für unsere falschen, wirklichkeitsfremden Vorstellungen vom Westen. Jetzt haben wir erkannt, daß die heutige Welt eng verflochten, interdependent ist. In diesem Zusammenhang haben wir auch neue Akzente in bezug auf die Konvergenztheorie gesetzt, die früher gänzlich abgetan wurde.

Ich meine, daß die osteuropäischen Länder Anschluß an die Europäische Gemeinschaft finden müssen. Die strukturelle, politische, psychologische Anpassung ist sehr wichtig, vor allem, was die wirtschaftliche Struktur anbelangt. Ziel muß es sein, diesen Anpassungsprozeß zu fördern. Wenn wir jetzt marktwirtschaftliche Instrumente einführen, so bedeutet das nicht eine Einführung des Kapitalismus oder den Verzicht auf den Sozialismus. Vom Ausverkauf des Sozialismus kann keine Rede sein. Im Gegenteil: der Sozialismus schöpft neuen Atem. Er verändert sich grundsätzlich gemäß den gegenwärtigen Gegebenheiten. Und wir beseitigen alle Deformationen der Stalin-Ära.

Ein großer Nachholbedarf an Beziehungen zum Westen

„Blätter“: Und der Wandel in den osteuropäischen Ländern?

Daschitschew: Diese Länder sind auf der Suche nach neuen Formen, nach der Modernisierung des wirtschaftlichen und politischen Systems, und das entspricht unseren Interessen.

„Blätter“: Die osteuropäischen Länder blicken dabei nach Westen.

Daschitschew: Ich sehe darin nichts Böses. Sie waren jahrzehntelang getrennt vom Westen, ebenso wie die Sowjetunion. Das hat die natürlichen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Bindungen und Verbindungen, auch die menschlichen Kontakte, unterbrochen und nur Schaden gebracht. Wenn sie jetzt die alten Beziehungen wiederherstellen, dann sehe ich darin nur eine positive Erscheinung.

„Blätter“: Es wird viel von „Ostdrift“ der Bundesrepublik gesprochen. Aber gibt es jetzt nicht eine „Westdrift“ Osteuropas und der Sowjetunion?

Daschitschew: Wir sagen offen, daß wir unsere Wirtschaft in die Weltwirtschaft integrieren wollen und ich sehe vor uns eine Periode, wo die osteuropäischen Staaten ebenso dieses Ziel verfolgen. Jahrzehnte des Kalten Krieges haben Europa getrennt. In den Ost-West-Beziehungen zum Westen existiert ein sehr großer Nachholbedarf. Noch einmal: Ich sehe darin nichts Böses. Umgekehrt: es ist gut, wenn die osteuropäischen Länder gegenseitig vorteilhafte Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft und zu einzelnen Ländern herstellen . . .

„Blätter“: . . . bis hin zur Assoziation oder Mitgliedschaft?

Daschitschew: Ich schließe auch diese Formulierung nicht aus.

„Blätter“: Geht es bei den Reformprozessen in den osteuropäischen Ländern ausschließlich um Varianten des Sozialismus oder sind auch andere gesellschaftliche Organisationsformen denkbar? Konkreter: Was passiert, wenn die Opposition die Mehrheit gewinnt? Es ist sicher vorstellbar, daß in Polen nichtsozialistische Kräfte die Mehrheit bei Wahlen erhalten. In der Vergangenheit, etwa in der Situation 1980, hieß es, daß die geographischen Bedingungen des Landes es nicht erlauben, den Verfassungsartikel zu revidieren, der der kommunistischen Partei die führende Rolle zuschreibt. Heute wird gefordert, diese Passage aus der Verfassung zu streichen.

Daschtschew: Wir können nicht sagen, welche Formen der Sozialismus in einzelnen osteuropäischen Ländern annehmen wird. Was jetzt in Polen und in Ungarn passiert, entspricht nicht den dogmatischen Vorstellungen über den Sozialismus, z.B. die Existenz einer Opposition oder die Schaffung eines Mehrparteiensystems. Aber warum nicht? Und auch wenn die oppositionellen Kräfte die Mehrheit erhalten – aus welchem Grund könnte man dagegen sein? Die italienischen Kommunisten erklären, wenn sie an die Macht kämen und bei den nächsten Wahlen die Mehrheit wieder verlören, würden sie zurücktreten. Es geht eben darum, daß die kommunistische Partei eine wirklich effektive gesellschaftliche Kraft sein muß. Sie muß sich bewähren und beweisen, daß sie die besten sozialen, politischen, wirtschaftlichen Bedingungen schaffen, einen hohen Wohlstand und soziale Sicherheit gewährleisten kann.

Die Übertragung des sowjetischen Modells auf Osteuropa hat sich nicht bewährt

Früher dachten unsere Politiker, unter Stalin, Chruschtschow und unter Breschnew, daß das Modell des Sozialismus, das in der Sowjetunion entstand und auf andere Staaten ausgeweitet wurde, die Grundlage des sowjetischen Einflusses in Osteuropa bilden würde. Aber das hat sich nicht bewährt, war falsch. Wir haben jedoch in der Vergangenheit alles getan, um Änderungen in diesem System nicht zuzulassen. Selbst die Reform in Ungarn, die 1968 begann, wurde von Breschnew nicht begrüßt. Dabei haben die Politiker übersehen, daß dieses System gerade *gegen* die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion wirkte, und auch gegen die Interessen der einzelnen Länder. Dieses System akkumulierte Gegensätze, soziale, wirtschaftliche, politische, in jedem einzelnen Land und verwandelte Osteuropa in eine Zone der Instabilität.

„Blätter“: Sie denken an die verschiedenen inneren Krisen, in Ungarn, in der CSSR, in Polen . . .

Daschtschew: Richtig. Man hat alles getan, um dieses stalinistische System unantastbar zu machen. Und das hat zu Krisen geführt, zur Aufhäufung von Konflikten und Problemen.

„Blätter“: Sie haben vom Nachholbedarf an Beziehungen zum Westen gesprochen. Manchmal hat man den Eindruck, es gibt in den osteuropäischen Ländern auch eine Art Nachholbedarf an Antisowjetismus.

Daschtschew: Der Antisowjetismus, man muß das realistisch sehen, entstammt gerade dieser dummen, unflexiblen Politik der Stagnationsperiode. Die Bevölkerung der osteuropäischen Länder begann, die Sowjetunion als eine konservative Kraft zu betrachten, die jede Erneuerung behindert, die Reformen blockiert. Und es ist nicht erstaunlich, wenn jetzt in manchen Kreisen antisowjetische Stimmungen existieren. Aber andererseits kann man auch sagen, daß die Perestroika in der Sowjetunion große Hoffnungen in der Bevölkerung der osteuropäischen Ländern hervorgerufen hat. Man kann feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Reformen in der

Sowjetunion und in anderen Staaten begrüßt als den Ausweg aus der Sackgasse, in die uns dieses alte stalinistische wirtschaftliche und politische System geführt hat.

„Blätter“: Wenn wir nochmal zurückkommen auf das Beispiel der italienischen Kommunisten. Die IKP will auch nach einem Wahlsieg nicht an der Mitgliedschaft Italiens in der NATO rütteln. Vorausgesetzt, eine oppositionelle Kraft in einem Mitgliedsland des Warschauer Vertrags würde mehrheitsfähig – wäre dann eine analoge Haltung zu erwarten? Oder stünde dann die Frage nach dem Austritt aus dem Warschauer Pakt auf der Tagesordnung?

Daschitschew: Das ist eine sehr komplizierte und heikle Frage. Und es kommt nicht von ungefähr, wenn die oppositionellen Kräfte in Ungarn und Polen diese Frage nicht stellen . . .

„Blätter“: . . . die Frage eines Austritts aus dem Warschauer Pakt . . .

Daschitschew: Ja, und was bringt eigentlich der Austritt diesen Ländern. Sie genießen viele Vorteile. Rumänien hätte schon früher aus dem Pakt austreten können, hat es aber nicht getan. Sehen Sie, es gibt die Erfahrungen des ungarischen Aufstands, damals hat man diese Frage gestellt und das hat eine Reaktion der konservativen Kräfte in der Sowjetunion hervorgerufen.

„Blätter“: Diese Reaktion könnte sich wiederholen, meinen Sie?

Daschitschew: Nun ja, konservative Reaktionen wird es immer geben, aber ich schließe die Einmischung in die inneren Angelegenheiten aus. Ich kann mir das nicht vorstellen. Wir haben das Prinzip der Nichteinmischung, der Freiheit der Wahl als universelles Prinzip, und Michail Gorbatschow hat erklärt, daß es keine Grenzen gibt – allerdings muß der Westen das verstehen und die Stabilität in Europa nicht unterminieren. Darauf kommt es an.

Kissingers Vorschlag: Jalta II?

„Blätter“: Ist da nicht Skepsis angebracht? Beispielsweise ist die amerikanische Diskussion sehr stark von der Haltung geprägt: der Kalte Krieg ist zu Ende, weil wir ihn gewonnen haben, die Sowjetunion hat eingestanden, daß sie ihn verloren hat, ansonsten ändert sich nichts oder kaum etwas. Daß man anders denken müßte über die internationalen Beziehungen, ist sicherlich nicht Konsens in den USA oder Frankreich oder England – auch in der Bundesrepublik nicht, nur spricht man hier heutzutage vielleicht nicht so laut.

Daschitschew: Ich würde nicht sagen, daß der Kalte Krieg schon zu Ende ist. Es gibt noch Überreste des Kalten Krieges, konfrontatives Denken und Handeln seitens der Vereinigten Staaten. Natürlich kann die Konfrontation nicht einseitig beseitigt werden, also durch einseitige Schritte der Sowjetunion. Ein Entgegenkommen von seiten der Vereinigten Staaten muß unbedingt erfolgen.

Ich sehe aber auch positive Züge in der amerikanischen Politik. Die Amerikaner haben die Absicht geäußert, die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu berücksichtigen und nichts zu unternehmen, was diese Interessen bedroht. Sie haben von dem Kissinger-Plan gelesen und von der Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers Baker . . .

„Blätter“: Sie meinen den Vorschlag Henry Kissingers, ein amerikanisch-sowjetisches Arrangement abzuschließen, in dem die Amerikaner zusichern, die Reformprozesse in Osteuropa nicht auszunutzen, nicht zu intervenieren. Der Vorschlag hat sehr viel Kritik ausgelöst, besonders in Europa. Von einem „Jalta II“ ist dabei die Rede.

Daschtschew: Kissinger hat einen „Deal“ vorgeschlagen, ein Abkommen, aber das wäre wie ein sowjetisch-amerikanisches Kondominium . . .

Daschtschew: Der Protest ist für Sie also verständlich?

Daschtschew: Ja, und wir sind auch dagegen. Das neue Europa muß auf Konsens geschaffen werden. Auf Blockbasis, das geht nicht. Ob es denkbar ist, einen Konsens zu erreichen, alle Interessen abzustimmen – Helsinki und die Nachfolgekonzferenzen haben gezeigt, daß so etwas möglich ist.

Gefahren der Destabilisierung

Die Sowjetunion befindet sich jetzt in einer Situation der Schwäche. Wir erleben eine Übergangsperiode durch die Perestroika, den Übergang von einem alten wirtschaftlichen und politischen System zu einem neuen. Das ist eine Periode der Schwäche.

Wenn der Westen die Schwäche ausnutzt, kann das nur zur Erschöpfung der Lage führen, aber das liegt letzten Endes nicht im Interesse des Westens. In den Vordergrund rücken die Sicherheitsinteressen und die Probleme der Aufrechterhaltung der Stabilität, der inneren und der internationalen, in dieser Periode des Wandels in Osteuropa. Die systembedingten, ideologischen Motive treten in den Hintergrund.

„Blätter“: Überall existieren Befürchtungen, daß der Reformprozeß in Osteuropa außer Kontrolle geraten könnte. Wie denken Sie über die Gefahren der Destabilisierung?

Daschtschew: Die Gefahr ist groß, denn die Gegensätze in der Wirtschaft – das sieht man am Beispiel Polen – sind sehr groß. Die Fehler, die in der wirtschaftlichen Strategie gemacht worden sind, sind nicht so leicht zu korrigieren. Das braucht eine lange Zeit. Nur, die Situation in Polen konnte nicht verbessert werden, weil die wirtschaftlichen Probleme von den politischen Problemen getrennt wurden. Wirtschaftsreformen wurden nicht durch politischen Reformen begleitet. Das hat man jetzt verstanden. Und das garantiert eine Entwicklung in die richtige Richtung und mildert die Gefahr der wirtschaftlichen Destabilisierung. Ich kann mir vorstellen, daß sich die wirtschaftliche Situation in Ungarn in einigen Jahren verbessert haben wird, auch in Polen. Mich beunruhigt mehr die Lage in anderen Ländern, die sich noch an das alte System der Wirtschaft klammern. Unter diesem Mechanismus nehmen die Gegensätze zu, fehlen die Möglichkeiten, mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten. Das ist am gefährlichsten.

Der Kalte Krieg, wegen Osteuropa begonnen, muß in Osteuropa beendet werden.

„Blätter“: Sie haben die Auffassung vertreten, daß der Kalte Krieg noch nicht vorbei ist. In der amerikanischen Diskussion gilt die Entwicklung in Osteuropa als eine Art Prüfstein, ob der Kalte Krieg tatsächlich beendet wird.

Daschtschew: Der Kalte Krieg, das muß man zugestehen, begann in Osteuropa, wegen Osteuropa. Und wenn George Bush sagt, daß er auch in Osteuropa beendet werden muß, kann ich dem nur zustimmen. Die Zustände in Osteuropa ändern sich jetzt grund-

sätzlich. Wir reorganisieren die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und unseren Partnern in Osteuropa auf ganz neuer Basis, gemäß den Grundsätzen der realen, aufrichtigen Partnerschaft, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung usw. Es kann also keine Rede davon sein, daß wir danach streben, die sowjetische Dominanz in Osteuropa aufrechtzuerhalten, es kann auch keine Rede sein vom sowjetischen Diktat in Osteuropa. Sehen Sie Rumänien oder die DDR oder die CSSR, diese Länder gehen einen anderen Weg.

„Blätter“: Vom „Ostblock“ zu sprechen, ist sinnlos geworden . . .

Daschitschew: Das ist richtig. Die gegenwärtigen Prozesse in Osteuropa zeugen davon, daß die alten Vorstellungen aus der Stalin-Zeit verschwinden. Das stellt auch die NATO und die amerikanische Politik vor eine ganz neue Situation. Die alten Rechtfertigungen für die politische Philosophie und die militärische Strategie der NATO verschwinden.

Die Bundesrepublik – Partner der Perestroika?

„Blätter“: Das gibt uns Gelegenheit, noch einmal auf die Bundesrepublik zurückzukommen. Im Zusammenhang mit dem Dissens zwischen Bonn und Washington in der Frage der Kurzstreckenraketen, der nur noch den Anlaß für eine längst viel grundsätzlichere Debatte liefert, gab es auf amerikanischer Seite alarmistische Stimmen, daß die Bundesrepublik von der Sowjetunion eingeladen, ermuntert werde, eine aktivere Rolle in dem osteuropäischen Reformprozeß zu übernehmen. Moskau erwarte sich davon eine stabilisierende Wirkung. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Daschitschew: Es freut mich, daß die Bundesrepublik, vielleicht mehr als alle anderen westeuropäischen Staaten, die Perestroika beim Wort nimmt, in der offiziellen Politik und von den politischen Parteien aus. Das zeugt davon, daß die Politiker in der Bundesrepublik verstehen, daß die Perestroika im Interesse des Westens liegt. Wenn ich beispielsweise Äußerungen von Karsten Voigt lese, der Stalins Politik der Aufteilung Europas in Einflußzonen heftig kritisiert, sich aber gegen eine Loslösung der baltischen Republiken von der Sowjetunion ausspricht, fühlt man, daß im Grunde genommen alle verstanden haben, daß für die Perestroika, für die Herstellung neuer Beziehungen zwischen Ost und West in erster Linie die Stabilität aufrechterhalten werden muß. Nur unter diesen Bedingungen kann der Wandel wirklich vor sich gehen.

„Blätter“: Hat die Bundesrepublik besser als andere Länder im Westen verstanden hat, wie ein solcher Wandel in Stabilität vorangetrieben werden kann?

Daschitschew: Ja, das würde ich sagen.

„Blätter“: Es ist doch erstaunlich, daß gerade die Bundesrepublik als einzige nichtsatierte Macht in Europa, dasjenige Land, das mit dem Status quo nicht einverstanden ist, besser befähigt sein soll, eine konstruktive und stabilisierende Rolle zu spielen, als die Status-quo-Mächte wie Frankreich, die USA oder Großbritannien. Worin liegen die Ursachen dafür?

Daschitschew: Vielleicht liegt der Grund dafür in dem Streben, die Spaltung Europas zu überwinden. Und möglicherweise ist das zusätzlich dadurch zu erklären, daß auch in früheren Zeiten Deutschland in den Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland und zur Sowjetunion die führende Rolle gespielt hat. Diese traditionellen Beziehungen wurden unterbrochen. Es gibt einen großen Nachholbedarf, unsererseits und auf seiten der Bundesrepublik.

Die Bundesrepublik – gleichzeitig mittel- und westeuropäisch?

„Blätter“: Würden Sie der Beschreibung zustimmen, daß die Bundesrepublik eher eine mitteleuropäische als eine westeuropäische Macht ist?

Daschtschew: Die Bundesrepublik gehört natürlich zu Mitteleuropa und gleichzeitig zu Westeuropa. Diese besondere Lage erlaubt ihr die Rolle einer Brücke zwischen Ost und West und zur Entschärfung oder Eliminierung des Ost-West-Konfliktes beizutragen.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zur Frage der Kurzstreckenwaffen, das ist schon ein großer Beitrag zur Erleichterung der Lage der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder. Und in wirtschaftlicher Hinsicht kann die Bundesrepublik natürlich viel leisten, nicht nur beim Aufbau der Leichtindustrie und der Konsumgüterindustrie, auch im Agrarsektor. Großprojekte gehören schon fast der Vergangenheit an. Wir müssen den Schwerpunkt der Beziehungen auf die mittelständischen und kleineren Unternehmen verlegen. Auch die Ausbildung von Managern ist sehr wichtig für uns. Wir sollten zudem Fachleute aus der Bundesrepublik einladen, in unseren Ministerien und Wirtschaftsvereinigungen zu arbeiten. In den 20er Jahren, bis 1928, waren tausende und abertausende ausländischer Fachleute, aus Deutschland, aus den Vereinigten Staaten, in der Sowjetunion tätig. Stalin hat dies alles beendet. Wir müssen diese Praxis erneuern, die, denke ich, neue Kanäle für die Übertragung von Know how, von Technologien und Kenntnissen, von Management und Marketing schaffen wird. Dadurch wird auch ein gesamteuropäisches Denken und Bewußtsein in unsere Gesellschaft hineingetragen.

Eine freie Wirtschaftszone in Ostpreußen

Wir sind gewillt, auch neue Formen der Zusammenarbeit in Gang zu bringen, etwa durch die Schaffung von freien Wirtschaftszone, in denen deutsche Investoren besonders günstige Bedingungen vorfinden. Ich schlage vor, eine solche freie Wirtschaftszone in Ostpreußen einzurichten, im heutigen Kaliningrader Gebiet. Dort könnten dann Anleger aus der Bundesrepublik investieren, auch Anleger aus der DDR oder anderen Ostseestaaten, Schweden beispielsweise.

„Blätter“: . . . Vor dem Gorbatschow-Besuch weisen in der Bundesrepublik zahlreiche Persönlichkeiten darauf hin, daß – 50 Jahre nach der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs die Versöhnung mit der Sowjetunion eine noch unerledigte Aufgabe ist.

Daschtschew: Die Außenpolitik der Bundesrepublik in den 50er, 60er Jahren war sehr konfrontativ gegenüber der Sowjetunion eingestellt. Und auch die Integrierung in das westliche Bündnis hat die Behandlung der Kriegsgeschehnisse in der Bundesrepublik stark geprägt. Die Versöhnung mit Frankreich trat viel früher ein als die Anfänge der Versöhnung mit den osteuropäischen Ländern und mit der Sowjetunion. In der heutigen Politik Bonns ist ein großer Wandel zu verzeichnen, auch in diesem Bereich, und das ist ein Positivum. Ich habe Mitte der 80er Jahre mehr als anderthalb Jahre in der Bundesrepublik verbracht. Gerade in bezug auf die Versöhnung mit Polen, mit der Sowjetunion, war deutlich zu spüren, welcher Wandel in der Mentalität der Deutschen eintrat und wie stark sich ihre Psychologie in dieser Hinsicht veränderte.

„Blätter“: Herr Daschtschew, wir danken Ihnen für das Gespräch.